

Ausgabe 2.2019

Magazin der FPÖ Steiermark

Wirtschaftler

KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH

SONDERAUSGABE ZUR
ARBEITERKAMMERWAHL

Jetzt auch in der AK - FPÖ wählen!



Interview mit
Harald Korschelt
und Patrick Derler

Nein zu den
Spitalschließungen
in Liezen!

Sicherungshaft
als Zankapfel
der SPÖ

FPÖ 
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!

Arbeiterkammerwahlen 2019: FA/FPÖ wählen wirkt!

Das heurige Frühjahr bringt für unsere Heimat zwei wichtige Wahlgänge. Neben den Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai, sind es derzeit gerade die laufenden Arbeiterkammerwahlen, die - je nach Bundesland gab es Wahltermine zwischen Februar und April - im gesamten Bundesgebiet stattfinden. Die Arbeiterkammerwahlen in der Steiermark bilden das Finale einer Wahl zur Interessensvertretung, die österreichweit immerhin 3,7 Millionen Arbeitnehmer zur Stimmabgabe einlud. In unserem Heimatbundesland gibt es insgesamt 427.421 Wahlberechtigte, die vom 28. März bis 10. April von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen können. Grund genug, in der nunmehr vorliegenden März-Ausgabe des „Wir Steirer“, ein ausführliches Schwerpunktthema zur Arbeiterkammerwahl zu bringen.

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer in der Steiermark (FA/FPÖ) stellen sich mit über 170 Kandidaten aus beinahe allen Berufsbranchen zur Wahl. Ebenso überzeugend wie die breit aufgestellte Kandidatenliste sind auch die freiheitlichen Positionen der steirischen FA-Kandidaten. Hier kann die FA zu Recht und mit Stolz auf sozialpolitische Meilensteine der neuen türkis-blauen Bundesregierung verweisen. Der „Familienbonus Plus“ und die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Geringverdiener sind innerhalb eines Jahres nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung im Dezember 2017 eingeführt worden – Entlastungsmaßnahmen, die eine Bundesregierung unter SP-Kanzlerschaft nie zustande gebracht hatte. Die Steirer und Steirerinnen können sich also auch bei den anstehenden Arbeiterkammerwahlen darauf verlassen, dass die soziale Heimatpartei das hält, was sie verspricht! Die FPÖ in der Bundesregierung wirkt. Mit uns geht was weiter. Darum jetzt auch in der AK die FA/FPÖ wählen!

Ihr Mario Kunasek
FPÖ-Landesparteiohmann
Bundesminister für Landesverteidigung



Inhalt

Seite

SONDERTHEMA ARBEITERKAMMERWAHL	2-11
„Deutsch als Schulsprache“ in Grazer Schulen	12
Spitalsschließungen in Liezen: Massive Folgen für hunderte Arbeitnehmer	13
Sicherungshaft: Der Zankapfel der SPÖ	14
25% aller steirischen Arbeitslosen sind Ausländer	15
Freiheitliche fordern Zusammenlegung von Landtags- und Gemeinderatswahlen	16-17



„Der Papamonat kommt fix! Die Einführung des Papamonats ist eine wichtige familien- und sozialpolitische Maßnahme und bereits beschlossene Sache. Ziel ist es, diesen bereits ab dem Jahr 2020 einzuführen.“
(Vizekanzler Heinz-Christian Strache zum Papamonat)

Freiheitliche in der Grünen



KR Harald Korschelt hat das Ohr stets beim Bürger.

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer gehen motiviert in den Wahlkampf – Verteilaktionen und Pressegespräche finden in den Bezirken statt.



LGF Anton Kogler, KR Helga Klimbacher, KR Harald Korschelt und KR Patrick Derler bei der Pressekonferenz zur AK-Wahl in Graz.

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer sind mit voller Kraft in den Wahlkampf für die Arbeiterkammerwahlen gestartet. Neben einer Pressekonferenz, bei welcher Spitzenkandidat Harald Korschelt, FPÖ-Landesgeschäftsführer Anton Kogler und die Kammerräte Patrick Derler und Helga Klimbacher über die Forderungen der Freiheitlichen informierten, wurden seither Pressegespräche in allen steirischen Bezirken abgehalten. Parallel dazu wurden neben Besuchen von klein- und mittelständischen Unternehmen auch wieder Verteilaktionen in Betrieben und an Pendler durchgeführt, unter anderem wurde das allseits beliebte „Frühstückssackerl“ verteilt.

Die 176 freiheitlichen Kandidaten repräsentieren das gesamte Spektrum der Arbeitswelt. „Ich bin stolz, dass es uns gelungen ist,



Karl Heinz Kummer, LGF Anton Kogler, KR Harald Korschelt und Vzbgm. Gerald Hofer bei der Pressekonferenz in Hartberg-Fürstenfeld.



TOP: FPÖ-Bundesministerin Beate Hartinger-Klein setzt die langjährige freiheitliche Forderung nach einem Foto auf der e-card um. Damit wird Sozialmissbrauch der Riegel vorgeschoben.



FLOP: SPÖ-LH-Stv. Michael Schickhofer spricht sich gegen die Sicherungshaft aus und spielt damit mit der Sicherheit der steirischen Bevölkerung.

Mark unterwegs



in jedem steirischen Bezirk vertreten zu sein. Das Ohr am Arbeitnehmer zu haben wird sichtlich honoriert“, so Spitzenkandidat Korschelt nach der Auftakt-Pressekonferenz.

Eines der Hauptanliegen der FA-FPÖ ist es, frischen Wind in die Arbeitnehmervertretung zu bringen. Konstruktive und berechtigte Verbesserungsvorschläge sollten immer Gehör finden, unabhängig von welcher Fraktion sie eingebracht werden. Auch die letzten Wahlkämpfe haben gezeigt, dass die freiheitliche Programmatik bei den Arbeitnehmern sehr gut ankommt. „Nur den blauen Hammer wird es nicht mehr geben, den haben wir in diesem Jahr durch ein praktisches Rollmaß ersetzt“, so Korschelt.



KR Harald Korschelt, KR Patrick Derler und LAbg. Erich Hafner bei der Pressekonferenz in Weiz.



POLITISCHER AUFWECKER:

Wer Pessler wählt, bekommt SPÖ, Rendi-Wagner und Schickhofer!

Die stärkste politische Gruppe in der Arbeiterkammer ist bekanntlich die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter, die jedoch in der Außendarstellung zumeist unter dem Kürzel „FSG“ firmiert. In den vergangenen Wochen dürften sich die Spitzen der SPÖ-Arbeitnehmervertreter allerdings darauf geeinigt haben, dass ihnen sogar die Bezeichnung „FSG“ bereits zu parteibehaftet ist. Keinesfalls will die sozialistische Kammerspitze für die Untätigkeit der roten Mutterpartei in der steirischen Landesregierung oder für die katastrophale Performance der auf Tauchstation befindlichen Bundeschefin Pamela Rendi-Wagner abgestraft werden. So wird in verzweifelter Art und Weise versucht, sich im Marketingbereich möglichst weit von der in einer Dauerkrise befindlichen SPÖ zu distanzieren. Jüngste PR-Idee der roten Strategen ist, dass die Funktionäre und Wahlhelfer als „Team Pessler“ auftreten. Letztlich wird mit all diesen Werbetricks – manche würden von Etikettenschwindel sprechen – lediglich versucht, das Offensichtliche zu verschleiern: Unabhängig davon, ob sie FSG, Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter, Team Pessler oder sonst irgendeine gut



Foto: Rossathner © Kleine Zeitung

SPÖ-Nationalrat Muchitsch, ÖGB-Chef Horst Schachner und AK-Präsident Pessler sind sich in Sachen Klassenkampf einig.

klingende Listenbezeichnung aus dem Hut zaubern, inhaltlich wird im Gleichschritt mit der immer weiter nach links abdriftenden SPÖ marschiert. Bestes Beispiel war die Panikmache rund um den AUVA-Standort Kalwang. Lauthals haben der amtierende AK-Präsident und seine Parteigenossen gegen die vermeintliche Schließung protestiert. Völlig grundlos, denn die zuständige FPÖ-Ministerin Beate Hartinger-Klein hatte nie vor, dieses Spital zuzusperren. Für die hunderten Angestellten in den Krankenhausstandorten Bad Aussee, Rottenmann und Schladming fühlt sich der oberste Kämmerer hingegen nicht zuständig. Immerhin trägt dort die schwarz-rote Landesregierung die Verantwortung und man will der eigenen Partei doch nicht auf den Schlips treten. Ein doppeltes Spiel in mehrerlei Hinsicht. Eines ist jedenfalls klar, wer AK-Präsident Josef Pessler wählt, muss damit rechnen, dass er eine SPÖ-Politik à la Rendi-Wagner bekommt.

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer

Die Arbeiterkammerwahl steht vor der Tür und die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) blicken dem Urnengang mit freudiger Erwartung entgegen. Schließlich darf sich die Fraktion unter der Führung von Harald Korschelt – vielen auch als „Blue Harry“ bekannt – durchaus berechnete Hoffnungen machen, abermals ein gutes Ergebnis erzielen zu können.

So hat die FA die letzten fünf Jahre ausgiebig genutzt, um ihre Vorstellungen in der Arbeiterkammer aufs Tapet zu bringen. Sei es die Forderung nach einem gerechteren Mindestpensionssystem, das Anliegen, heimische Familien finanziell stärker zu entlasten oder auch der Wunsch nach einem zukunftsfiten Lehrlingsystem, der freiheit-

liche Themenkatalog umfasste Verbesserungen für Jung und Alt. In diesem Zusammenhang stellte sich die neue Bundesregierung als wahrer Glücksfall für die heimischen Angestellten und Arbeiter heraus, da die Freiheitlichen Arbeitnehmer mit zahlreichen ihrer Forderungen bei der türkis-blauen Koalition auf ein offenes Ohr stießen:

Gerechter Lohn für ein produktives Arbeitsleben

Ab 1. Jänner 2020 wird es eine Erhöhung der Mindestpension auf 1.200 Euro nach 40 Beitragsjahren geben. Durch eine erhöhte Ausgleichszulage bei Ehepaaren, in denen zumindest einer der beiden Partner 40 Jahre gearbeitet hat, stehen für Paare sogar mindestens 1.500 Euro monatlich zu Buche. Auch steigen die Pensionen unter Vizekanzler Heinz-Christian Strache dieses Jahr um bis

zu 2,6 Prozent. Zum Vergleich: Unter Ex-SPÖ-Chef Christian Kern wurden diese lediglich um magere 0,8 Prozent angepasst.

Familienbonus bringt massive Entlastung für heimische Familien

Ein großes Anliegen der Freiheitlichen Arbeitnehmer war seit jeher die Entlastung heimischer Familien. Die Bundesregierung ist diesem Anliegen umfassend nachgekommen. So werden seit 1. Jänner 2019 durch den „Familienbonus Plus“ rund 950.000 Familien mit bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr entlastet, wovon rund 1,6 Millionen Kinder unmittelbar profitieren. Gleichzeitig werden die Zahlungen für im Ausland lebende Kinder den dortigen Lebenshaltungskosten angepasst, wodurch sich der österreichische Steuerzahler rund 100 Millionen Euro erspart.



bewegen die Arbeiterkammer

Lehrlingsoffensive sichert Fachkräfte der Zukunft

Seit Herbst 2018 gibt es sieben neue sowie sechs modernisierte Lehrberufe für rund 2.000 Lehrlinge. Der Fokus der neuen Ausbildungen ist klar auf die Fragen rund um die fortschreitende Digitalisierung gerichtet. Gerade in diesem Bereich ist es wichtig, jungen Menschen zukunftsichere Perspektiven bieten zu können.

Arbeitende Menschen müssen klare Vorteile gegenüber ausländischen Mindestsicherungsbeziehern haben

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer haben stets die Position vertreten, dass Produktivität entsprechend gefördert werden muss. Schließlich leisten die heimischen Arbeiter und Angestellten mit ihren Tätigkeiten einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates. Insofern war die im Juli 2018 in Kraft getretene Senkung der Arbeitslosen-

versicherungsbeiträge ein wichtiger Erfolg, zumal durch diese Maßnahme geringe Einkommen bis 1.948 brutto entlastet werden. Im Schnitt bleiben rund 900.000 Österreichern dadurch 310 Euro mehr pro Jahr übrig. Darüber hinaus wird die von der türkis-blauen Bundesregierung für kommendes Jahr angekündigte Steuerreform weitere Vorteile für Arbeitnehmer bringen.

Abgerundet werden diese positiven Entlastungsschritte durch einige inländerfreundliche Änderungen im Bereich der Mindestsicherung. So sollen jene Menschen, die sich nicht integrieren wollen, die die deutsche Sprache nicht lernen und noch nichts ins System eingezahlt haben, künftig nicht mehr in den Genuss der vollen Mindestsicherung kommen. Vielmehr braucht es eine faire soziale Absicherung für heimische Leistungsträger, die jahrelang in das Sozialsystem eingezahlt haben und unverschuldet in schwierige oder existenzbedrohende Situationen geraten.

Einiges ist noch zu tun!

Die neue Bundesregierung hat zweifelsohne bereits zahlreiche positive Maßnahmen im Sinne der arbeitenden Bevölkerung gesetzt. Nichtsdestotrotz gibt es noch einiges zu tun. Zu nennen sind hier etwa die gesetzliche Verankerung des 13. und 14. Monatsgehalts, die Einführung von Kollektivverträgen für alle Branchen und die sechste Urlaubswoche ab 25 Arbeitsjahren für alle. Die Arbeitnehmer können jedenfalls darauf vertrauen, dass sich die FA auch in den kommenden Jahren für diese und noch viele weitere Maßnahmen einsetzen werden!



Freiheitliche Arbeitnehmer Steiermark in der Arbeiterkammer

Vollversammlung der Arbeiterkammer Steiermark wird neu gewählt

Die Arbeiterkammer (AK) vertritt und fördert die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer. Unter anderem gibt die AK Stellungnahmen in Gesetzgebungsverfahren ab, entsendet Vertreter in Körperschaften und sonstige Einrichtungen, führt wissenschaftliche Erhebungen sowie Untersuchungen durch und berät ihre Mitglieder.

Das höchste Gremium der Interessensvertretung bildet die Vollversammlung, das sogenannte Arbeitnehmerparlament, das sich in der Steiermark aus 110 Kammerräten zusammensetzt. Diese Vollversammlung wird vom 28. März bis 10. April 2019 von den steirischen Arbeitnehmern – in der Steiermark hat die AK rund 529.000 Mitglieder – neu gewählt. Zur Wahl stehen hierbei Fraktionen, die ihre Kandidaten aufstellen, so wie dies auch von Wahlen zum Nationalrat oder Landtag bekannt ist. Anschließend wählt die Vollversammlung aus ihrer Mitte den Präsidenten, Vizepräsidenten und den Vorstand der Arbeiterkammer.

Die Fraktion der Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) ist in der Steiermark derzeit mit 16 Kammerräten vertreten. Mit zwei Mitgliedern im Vorstand und zahlreichen Mitgliedern in den verschiedensten Ausschüssen bringen sie die Probleme und Wünsche der steirischen Arbeitnehmer aufs Tapet und arbeiten intensiv an Lösungen. In den letzten Jahren haben sich die Freiheitlichen Arbeitnehmer mit unzähligen Anträgen in der Vollversammlung für die Interessen der Steirer eingesetzt.

FREIHEITLICHE ANTRÄGE IN

Anrechnung voller 4 Jahre pro Kind (voller 5 Jahre bei Mehrlingsgeburten) an Kindererziehungszeiten bei der Pensionsberechnung, unabhängig vom Zeitpunkt der Geburt

Aktuell werden für die Pension pro Kind für die Kindererziehung vier Jahre angerechnet (bei Mehrlingsgeburten fünf Jahre). Kommt innerhalb dieser Zeit jedoch ein weiteres Kind zur Welt, wird die pensionsrechtliche Anerkennung der Kindererziehungszeiten entsprechend gekürzt, d.h. der überlappende Zeitraum wird nur einmal gezählt. Die Freiheitlichen Arbeitnehmer setzen sich dafür ein, dass unabhängig vom Zeitpunkt der Geburt volle vier Jahre pro Kind (volle fünf Jahre bei Mehrlingsgeburten) angerechnet werden.

Gesetzliche Verankerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes

Im Rahmen von privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen gibt es keinen gesetzlichen Anspruch auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Kommt kein Kollektivvertrag zur Anwendung und sind auch im Arbeitsvertrag keine Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld vereinbart, erhält man derzeit keine dieser Sonderzahlungen! Das Urlaubs- und Weihnachtsgeld muss daher entsprechend gesetzlich verankert werden.

Nur mehr ein einheitlicher Stimmzettel bei Betriebsratswahlen

Für mehr Fairness bei Betriebsratswahlen soll die Wahlordnung geändert werden und nur mehr ein einheitlicher Stimmzettel verwendet werden dürfen.

Familien ab drei Kindern eine zusätzliche dritte Woche „Pflegefrestellung“ pro Arbeitsjahr ermöglichen

Grundsätzlich haben Eltern für ihre Kinder Anspruch auf „Pflegefrestellung“ – d.h. Fortzahlung des Entgeltes bis zum Ausmaß von einer Woche pro Arbeitsjahr –, wenn sie keine geeignete Person finden, die die Pflege für sie übernehmen kann. Darüber hinaus kann eine zusätzliche Woche „Pflegefrestellung“ pro Arbeitsjahr beantragt werden, wenn das Kind noch keine zwölf Jahre alt ist. Eltern von Mehrlingskindern oder mehreren, knapp hintereinander geborenen Kindern haben gerade bei der Pflege eine mehrfache Belastung. Meist werden die Kinder nicht gleichzeitig krank, sondern stecken sich gegenseitig an, wodurch zwei Wochen im Arbeitsjahr sehr knapp werden können. Das Ermöglichen einer zusätzlichen, dritten Woche „Pflegefrestellung“ pro Arbeitsjahr für Familien ab drei Kindern wäre daher begrüßenswert.

DER ARBEITERKAMMER

Gegen die Pläne der EU-Kommission hinsichtlich der Einführung eines europaweit einheitlichen und kilometerabhängigen LKW- und PKW-Mautsystems

Die Höhe der Gebühr für die Benützung der heimischen Autobahnen von den tatsächlich gefahrenen Kilometern abhängig zu machen würde massive Nachteile für steirische Pendler bringen und die Regionen massiv schwächen. Wie die Freiheitliche Partei setzen sich daher auch die Freiheitlichen Arbeitnehmer für ein klares „Nein“ zu den diesbezüglichen Plänen der EU-Kommission ein.

Karenzzeiten bis zu 24 Monaten in allen Kollektivverträgen und Berufen verankern

Wer bis zu 24 Monate in Karenz geht, sollte in dieser Zeit alle Gehaltsvorrückungen sowie die entsprechenden Urlaubsansprüche, Kündigungsfristen, Entgeltfortzahlungen und Krankenstandsansprüche angerechnet bekommen. Aktuell haben nur rund 30 Prozent der großen Kollektivverträge eine solche Regelung. Die Verankerung von Karenzzeiten bis zu 24 Monaten in allen Kollektivverträgen und Berufen muss daher das Ziel sein.

Wiedereinführung der Weihnachtsbeihilfe des Landes für bedürftige Menschen österreichischer Staatsbürgerschaft

Vor allem in der Adventzeit gilt es, den von Armut betroffenen bzw. bedrohten Steirern unter die Arme zu greifen, weshalb die Freiheitlichen Arbeitnehmer für die Wiedereinführung der Weihnachtsbeihilfe des Landes für bedürftige Menschen österreichischer Staatsbürgerschaft eintreten.

FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark



Antrag 3

Volle Anrechnung der Kindererziehungszeiten pro Kind – Familienarbeit braucht unsere Wertschätzung!

Aktuell werden für die Pension pro Kind für die Kindererziehung vier Jahre angerechnet (bei Mehrlingsgeburten 5 Jahre). Kommt innerhalb dieser Zeit jedoch ein weiteres Kind zur Welt, wird die pensionsrechtliche Anerkennung der Kindererziehungszeiten entsprechend gekürzt, d.h. der überlappende Zeitraum wird nur ein Mal gezählt.

Die Entscheidung für Familie und Kinder darf keine negativen Auswirkungen auf die Pension haben. Unsere Familien sind der Kern unserer Gesellschaft. Sie verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung ihrer Leistungen durch Politik und Gesellschaft. Ziel einer nachhaltigen zukunftsorientierten Familienpolitik muss es sein, Mut zur Familie und Mut zum Kind zu machen.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass bei der Pensionsberechnung volle 4 Jahre pro Kind (volle 5 Jahre bei Mehrlingsgeburten) an Kindererziehungszeiten angerechnet werden, unabhängig vom Zeitpunkt der Geburt.

KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
15.11.2018

Für
Arbeiter und Angestellte

FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark



Antrag 1

Nein zu einem europäischen Mautsystem

Die jüngsten Pläne der EU-Kommission, ein europaweit einheitliches PKW- und LKW-Mautmodell zu etablieren, würden massive Nachteile für steirische Pendler bringen. Die Höhe der Gebühr für die Benützung der heimischen Autobahnen soll dann, wie es bereits heute beispielsweise in Frankreich oder Italien der Fall ist, von den tatsächlich gefahrenen Kilometern abhängig sein. Die aktuellen Pläne sehen auch die Möglichkeit der Schaffung einer zusätzlichen „Staumaut“ vor, welche das Ziel verfolgt, die Verkehrsströme durch höhere Tarife zu Stoßzeiten zusätzlich zu lenken. Die durch die Einführung eines derartigen Modells bedingten Mehrkosten für die österreichischen Autofahrer würden zweifelslos im Milliarden-Bereich liegen. Neben der Freiheitlichen Partei haben sich auch die heimischen Autofahrerclubs ÖAMTC und ARBO konsequent gegen das Vorhaben der EU ausgesprochen. Es bleibt zu befürchten, dass diese Kritik bei den „Eurokraten“ auf taube Ohren stößt und die Kommission ihr Vorhaben ungeachtet der Auswirkungen auf die Mitgliederländer unbeirrt durchzieht. Gerade in der ländlich geprägten Steiermark sind viele Menschen auf die tägliche Benützung der heimischen Autobahnen angewiesen, um zu ihren Arbeitsplätzen in den Ballungszentren zu pendeln. Die Etablierung eines kilometerabhängigen Mautsystems würde gerade diesen Teil der Bevölkerung treffen und die Regionen dadurch massiv schwächen.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Bundesregierung auf, sich gegen die Pläne der EU-Kommission hinsichtlich der Einführung eines europaweit einheitlichen und kilometerabhängigen LKW- und PKW-Mautsystems auszusprechen

KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
15.11.2018

Für
Arbeiter und Angestellte

FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark



Antrag 2

Weihnachtsbeihilfe des Landes Steiermark wieder einführen

Neben staatlichen, gesetzlich geregelten Kernaufgaben im Bereich der Sozialhilfe, die teilweise auch gemeinsam mit dem Bund geleistet werden, gewährt das Land Steiermark einige freiwillige Sozialleistungen. Denkt man in erster Linie an die Wohnunterstützung, so sind unter anderem auch die Lehrlingsbeihilfe, der Heizkostenzuschuss sowie die Pendlerbeihilfe (20 Euro pro Bedürftigem) und leise hat das Land heuer die Weihnachtsbeihilfe (20 Euro pro Bedürftigem) abgestellt – im Vorjahr holten noch 6510 Steirer diesen Zuschuss ab. Doch: „Der bürokratische Aufwand war zu groß“. Auch flossen ein ähnlicher Zuschuss auszahlt, betont man im Sozialressort (Doris Kampus, SPÖ). In den Bezirken wäre diese Beihilfe nicht sehr nachgefragt gewesen. Das Geld des Landes würde nun in den Topf für einmalige Beihilfen kommen. Im Vorjahr flossen 130.200 Euro.“ (Quelle: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/landespolitik/4888508/20-Euro-pro-Person-Steiermark-stellt-Weihnachtsbeihilfe-ab>) Angesichts des geringen Auszahlungsbetrages und der wenigen Bezugsberechtigten sich gerade hier auf einen bürokratischen Aufwand hinauszureden, ist ein Schlag ins Gesicht aller bedürftigen Steirer. In Anbetracht des erschreckenden Armutsberichts (2015-2017) sollte die Wiedereinführung dieser Sozialunterstützung dringend erfolgen. Immerhin sind insgesamt 41.000 Steirer von Armut betroffen und 196.000 Landsleute von Armut bedroht. Diesen Menschen gilt es, vor allem in der Adventzeit unter die Arme zu greifen.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Landesregierung auf, die Weihnachtsbeihilfe des Landes für bedürftige Menschen österreichischer Staatsbürgerschaft wieder einzuführen und im Budget die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.

KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
15.11.2018

Für
Arbeiter und Angestellte



Im Rahmen eines Interviews stellen Spitzenkandidat Harald Korschelt und der Listenzweite Patrick Derler ihre politischen und inhaltlichen Zielsetzungen für die kommende Arbeiterkammerwahl vor.

„Wir kandidieren für die Arbeitnehmer!“

Interview mit KR Harald Korschelt und KR Patrick Derler

Wir Steirer: Kommende Woche starten die Arbeiterkammerwahlen in der Steiermark. Herr Korschelt, als erfahrener Interessensvertreter steigen Sie für die FA-FPÖ-Liste in den Ring. Sie sind langjähriger Arbeiterkammerrat und kandidieren nun als Spitzenkandidat für die steirischen Arbeitnehmer. Was sind die Beweggründe für Ihre Kandidatur?

Korschelt: Ich bin bereits seit meiner Studentenzeit bei den Freiheitlichen aktiv und war auch zehn Jahre im Grazer Gemeinderat politisch tätig. Aus meiner Sicht ist es für einen Politiker oder Interessensvertreter aber auch ganz wichtig, dass er sich den Sorgen und Ängsten der Arbeitnehmer ernsthaft annimmt. In meiner Tätigkeit als Arbeiterkammerrat hat es für mich oberste Priorität, die Probleme der Kollegen möglichst direkt und unbürokratisch zu lösen. Natürlich ist es mir ein Anliegen, die Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer weiter zu verbessern. Uns geht es um die Menschen und deshalb möchten wir auch weiterhin positive Akzente in der AK setzen.



Wir Steirer: Herr Derler, Sie sind der jüngste Kammerrat der Freiheitlichen Arbeitnehmer in der Arbeiterkammer und kandidieren auf Listenplatz zwei. Was hat Sie zu Ihrer Kandidatur bewogen?

Derler: Als gelernter Elektromaschinentechniker ist es mir ein besonders großes Anliegen, die Lehre wieder attraktiver zu machen. Mir ist es wichtig, den jungen Menschen im Bereich der Lehrausbildung Perspektiven aufzuzeigen. Seit Herbst 2018 gibt es sieben neue sowie sechs modernisierte Lehrberufe, der Fokus liegt dabei auf der Digitalisierung. Mit dieser Lehrlingsoffensive werden Fachkräfte für die Zukunft ausgebildet. Auch hier wollen wir ansetzen.

Wir Steirer: Was wollen die Freiheitlichen Arbeitnehmer in der Arbeiterkammer konkret bewirken?

Korschelt: Eines steht für mich außer Frage, die türkis-blaue Bundesregierung hat mit der Einführung des „Familienbonus Plus“ und der Reduzierung der Arbeitslosenversicherung für kleine Einkommen bereits wichtige Maßnahmen getroffen. Die ange-

kündigte „Netto-Offensive“ und die Einführung des sogenannten „Papa-Monats“ sind weitere Errungenschaften für die Arbeitnehmer in diesem Land. Wir als Freiheitliche Arbeitnehmer wollen in Zusammenarbeit mit den politischen Verantwortungsträgern natürlich noch viel mehr bewirken. In der AK sind wir Freiheitliche einerseits als wichtige Kontrollfraktion tätig und andererseits bringen wir proaktiv Verbesserungsvorschläge ein.

Wir Steirer: Welche konkreten Forderungen erhebt die FA-FPÖ?

Derler: Zentrale Forderungen sind beispielsweise, dass künftig alle Branchen Kollektivverträge haben und das 13. und 14. Gehalt



endlich gesetzlich abgesichert wird. Außerdem sollten alle Arbeitnehmer nach 25 Jahren unabhängig von der Betriebszugehörigkeit den Anspruch auf eine sechste Urlaubswoche erhalten. Ein weiteres politisches Ziel ist es für uns, dass die Mindestsicherung fairer gestaltet wird. Es kann doch nicht sein, dass Zuwanderer ab dem ersten Tag ihres positiven Asylbescheids mehr Geld erhalten als viele Teilzeitbeschäftigte in der Steiermark.

Korschelt: Ein wichtiges Thema ist auch die Aufrechterhaltung des Rechtsschutzes in der AK. Entsprechenden Handlungsbedarf orten wir bei der Postenvergabe in der Arbeiterkammer, da wäre mehr Transparenz wünschenswert und jede offene Stelle sollte aus unserer Sicht ausgeschrieben werden. Zudem muss der Arbeitsplatzvernichtung im ländlichen Raum endlich der Riegel vorgeschoben werden.

Derler: Darüber hinaus fordern wir ein Stipendium-System für die Ausbildung zum Meister beziehungsweise Werkmeister. Damit sollen wieder mehr junge Menschen dazu bewogen werden, einen Lehrberuf zu erlernen. Auch der Handwerkerbonus soll wiedereingeführt werden.

Wir Steirer: Mit insgesamt 176 Kandidaten stellt die FA-FPÖ eine bunte Liste von Arbeitnehmern von Jung bis Alt, die in verschiedenen Berufssparten tätig sind. Wie versuchen Sie, möglichst viele Menschen und Arbeitnehmer zu erreichen?

Korschelt: Wir können eine hervorragende Wahlliste vorweisen, die die Vielseitigkeit der heutigen Berufswelt ausgezeichnet abbildet. Neben den Personen setzen wir vor allem auf ein umfassendes inhaltliches Angebot. Während die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter damit beschäftigt ist, alles schlecht zu reden und die AK teils als Plattform für oppositionelle Agitation missbraucht, stehen wir Freiheitliche für eine Interessensvertretung, die stets das Gespräch mit politischen Verantwortungsträgern sucht.

Wir Steirer: Gibt es ein Wahlziel der Freiheitlichen Arbeitnehmer?

Korschelt: So stark wie möglich werden, um für die Arbeitnehmer in diesem Land noch mehr bewegen zu können. Uns geht es auch darum, ein inhaltliches Korrektiv zu sein, damit die AK nicht nur von einer Fraktion dominiert wird. Ich bin jedenfalls zuversichtlich, dass die FA-FPÖ bei dieser Wahl positiv reüssieren wird.

Wir Steirer: Die Wahlbeteiligung bei den AK-Wahlen lag im Jahr 2014 bei 37,8 Prozent. Wie wollen die Freiheitlichen Arbeitnehmer auf den Urnengang aufmerksam machen?

Derler: In den nächsten Wochen werden wir viele heimische Unternehmen besuchen. Egal ob es ein Einzelhandelsbetrieb oder ein großes Werk ist, die freiheitlichen Wahlhelfer werden überall präsent sein. Im Rahmen unserer Verteilaktionen werden wir natürlich nicht nur für unser Programm werben, sondern auch für die Teilnahme an der Wahl. Das Ziel, die Beteiligung zu heben, muss ohnehin ein überfraktionelles Ansinnen sein.

Korschelt: Hier vertreten wir auch die Meinung, dass es eine Wahlrechtsreform der Arbeiterkammerwahlen geben sollte. Derzeit ziehen sich die Wahlen ein halbes Jahr durch Österreich, was nicht wirklich sinnvoll ist. Es müsste einen Termin für ganz Österreich geben – dann bekäme die AK-Wahl den Stellenwert, den sie verdient und das würde auch der Wahlbeteiligung guttun.

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg für die bevorstehende Wahl!

FPÖ – Jetzt auch in der Arbeiterkammer!

Die ersten 20 freiheitlichen Kandidaten für die Arbeiterkammerwahl stellen sich vor.



KR Mag. Harald Korschelt

FA-Fraktionsvorsitzender, AK-Vorstand

Der Listenerste für die Arbeiterkammerwahl Harald Korschelt aus Graz ist Angestellter und Vorstandsmitglied in der steirischen Gebietskrankenkasse. Der langjährige Kammerrat ist seit 2014 Vorstandsmitglied der AK Steiermark und gehörte auch zehn Jahre dem Gemeinderat der Stadt Graz an.



KR Patrick Derler

FA-Obmann-Stellvertreter, AK-Vorstand

Der gelernte Elektromaschinentechner ist Vizebürgermeister in seiner Heimatgemeinde Birkfeld und Bezirksparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ Weiz. Derzeit ist er als persönlicher Referent innerhalb der FPÖ Steiermark für Landesparteiobmann Bundesminister Mario Kunasek tätig. Für den jüngsten Kammerrat der Freiheitlichen Arbeitnehmer ist es von besonderer Bedeutung, endlich die Lehrausbildungen aufzuwerten.



KR Helga Klimbacher

FA-Fraktionsgeschäftsführerin, FA-Bezirksobfrau in Bruck-Mürzzuschlag, FA-Obmann-Stellvertreterin

Die aus dem Mürztal stammende Büroangestellte ist Bezirkssekretärin der FPÖ Bruck-Mürzzuschlag und Vorstandsmitglied in der steirischen Gebietskrankenkasse. In den vergangenen Jahren vertrat sie die Freiheitlichen Arbeitnehmer im Kontrollausschuss der AK Steiermark. Für die zweifache Mutter sind insbesondere die Themen Frauen und Familie von besonderer Relevanz.



KR Günther Podlesnik

Fraktionsvorsitzender der FA Magistrat Graz

Der in Gösting wohnhafte Günther Podlesnik arbeitet in der Straßenerhaltung und ist Mitglied des Zentralkomitees der Stadt Graz. Darüber hinaus ist er Dienststellenpersonalvertreter und Betriebsrat bei der Holding Graz.



KR René Dretnik

FA-Obmann-Stellvertreter, FA-Bezirksobmann in Leibnitz

René Dretnik ist von Beruf Online-Medienberater und fungiert neben seinen Funktionen bei den Freiheitlichen Arbeitnehmern auch als Gemeinderat der FPÖ in Tillmitsch.





KR Christian Feldhofer

Christian Feldhofer ist Pharmazeutischer Mitarbeiter bei der Firma Fresenius Kabi, in der er auch Arbeiterbetriebsrat-Vorsitzender-Stellvertreter ist. Darüber hinaus fungiert der gebürtige Grazer als stellvertretender FPÖ-Bezirksvorsteher von Graz-Puntigam.



KR Josef Mauer

Der gelernte Schlosser aus dem Bezirk Leibnitz ist Arbeiterbetriebsrat bei Magna Steyr in Graz und Kammerrat für die Freiheitlichen Arbeitnehmer in der Arbeiterkammer.



KR Alois Baumann

Der aus Stübing stammende Alois Baumann ist Kammerrat der Freiheitlichen Arbeitnehmer sowie Betriebs- und Aufsichtsrat der Raiffeisen-Landesbank Steiermark.



KR Roland Krusche

Roland Krusche ist Kammerrat der Freiheitlichen Arbeitnehmer und FA-Bezirksobmann in Leoben.



Robert Wölfler

Robert Wölfler ist Gemeinderat in Sinabelkirchen und Bezirksparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ Weiz. Darüber hinaus fungiert er als Ersatz-Kammerrat für die Freiheitlichen Arbeitnehmer.



KR Josef Pirker

Kammerrat Josef Pirker aus Murau ist Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer Steiermark.



KR Jasmin Skrabel

Die Leibnitzerin ist Kammerrätin der Freiheitlichen Arbeitnehmer. Darüber hinaus ist Jasmin Skrabel Gemeinderätin in Ehrenhausen.



Maximilian Walter

Der in Tillmitsch wohnhafte Maximilian Walter ist Betriebsratsvorsitzender bei Leiner Graz und Kandidat für die Freiheitlichen Arbeitnehmer in Leibnitz.



Matthäus Raunnigger

Matthäus Raunnigger aus St. Stefan ob Stainz ist Personalvertreter bei der Post AG und Kandidat für die Freiheitlichen Arbeitnehmer in Deutschlandsberg.



KR Hermine Pointl

Die in Graz wohnhafte Hermine Pointl ist Kammerrätin der Freiheitlichen Arbeitnehmer und Mitglied des Zentralausschusses im Magistrat Graz.



Michael Holzer

Michael Holzer aus Neuberg ist Arbeiterbetriebsrat bei Voest Alpine Böhler Bleche in Mürrzuschlag und Kandidat der Freiheitlichen Arbeitnehmer für die AK-Wahl.



Karl Heinz Kummer

Der Hartberger ist Betriebsratsvorsitzender-Stellvertreter und Arbeitnehmer-Referent im Bezirk Hartberg-Fürstenfeld.



Florian Gissing

Florian Gissing ist der jüngste Kandidat der Freiheitlichen Arbeitnehmer für die AK-Wahl. Der gelernte Bäcker ist FPÖ-Vorstandsmitglied und Bezirksobmann-Stellvertreter des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ) Weiz.



Mario Fall

Der Voitsberger Mario Fall ist FA-Bezirksobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer in Voitsberg und fungiert zudem als Ersatz-Kammerrat.



Sandra Michele

Die aus dem Mürrztal stammende Sandra Michele ist Gemeinderätin in St. Marein und Kandidatin der Freiheitlichen Arbeitnehmer für die AK-Wahl.

„Deutsch als Schulsprache“ in Grazer Schulen

Schwarz-blaue Rathauskoalition macht Nägel mit Köpfen – Grazer Vorzeigeprojekt soll landesweite Umsetzung finden



An Grazer Schulen sind mehr als die Hälfte der Kinder nichtdeutscher Muttersprache.

Der Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in öffentlichen Volksschulen hat im vergangenen Schuljahr einen neuerlichen Rekordwert erreicht. Für mehr als 9.000 Kinder, das sind rund 21 Prozent aller Volksschüler in der Steiermark, war Deutsch nicht die Muttersprache, sondern eine Fremd- bzw. Zweitsprache. Das bedeutet, dass landesweit bereits jeder fünfte Volksschüler eine andere Erstsprache als Deutsch hat. Besonders besorgniserregend ist die Situation in Grazer Volksschulen, an denen bereits mehr als die Hälfte der Kinder nichtdeutscher Muttersprache sind. Die Grazer Stadtbezirke Lend und Gries weisen mit über 90 Prozent einen besonders hohen Anteil an fremdsprachigen Volksschülern auf. Aber auch in anderen Städten der Steiermark, wie etwa in Knittelfeld, finden sich bereits mehr fremdsprachige als heimische Schüler in den Klassenzimmern wieder.

Grazer Modellversuch „Deutsch als Schulsprache“ als Vorbild

Um der prekären Lage an den Schulen der

steirischen Landeshauptstadt entgegenzuwirken, wurde am 14. Februar 2019 von ÖVP und FPÖ im Grazer Gemeinderat ein Antrag zur Durchführung des Modellversuchs „Deutsch als Schulsprache“ beschlossen. Konkret sollen geeignete Pflichtschulstandorte in Graz ausgewählt werden, an denen in Folge ein derartiger Modellversuch gestartet wird. Dieser Vorstoß findet die volle Unterstützung der steirischen Freiheitlichen. Die FPÖ hat darauf aufbauend auch im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem Landesrätin Lackner aufgefordert wird, dieses lobenswerte Projekt in enger Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektorin Elisabeth Meixner auch auf andere steirische Schulstandorte auszuweiten.

Das Projekt der schwarz-blauen Rathauskoalition sollte wegweisend für die gesamte Steiermark sein. Mit der Verankerung einer Deutschpflicht in der Hausordnung könnten Konfliktpotentiale in Pausen und bei Schulveranstaltungen verhindert werden. Da man eine Sprache bekanntlich am besten lernt,

wenn man sie spricht, wäre die Verwendung von Deutsch in den Schulpausen auch eine ideale Möglichkeit, um Sprachdefizite von Kindern mit anderer Muttersprache entscheidend zu verbessern.

SPÖ-Landesrätin Lackner erkennt Handlungsbedarf nicht

Aus diesem Grund erachten es die Freiheitlichen als notwendig, in Schulen mit hohem Migrationsanteil, beispielsweise in Kapfenberg oder Knittelfeld, ähnliche Probeläufe zu starten. Ziel muss es sein, letztlich in allen steirischen Schulen „Deutsch als Schulsprache“ zu etablieren. Das Pilotprojekt in Graz ist ein guter Anfang. Dieser auf Freiwilligkeit der Schulen basierende Vorstoß sollte auch für andere Schulstandorte in der Steiermark als Vorbild dienen. Auch wenn SPÖ-Bildungslandesrätin Ursula Lackner bisher kein besonders großes Verständnis für dieses Vorhaben gezeigt hat, werden sich die Freiheitlichen weiterhin für dessen Umsetzung stark machen.



Spitals-schließungen in Liezen

Massive Folgen für hunderte Arbeitnehmer!

Kaum ein anderes Thema wird derzeit in der Steiermark derart heiß diskutiert, wie die Spitalszusammenlegungen im Bezirk Liezen. So beabsichtigt die schwarz-rote Landesregierung bekanntlich im Zuge der Umsetzung ihres „Gesundheitsplans“ die bestehenden Krankenhäuser in Rottenmann, Schladming sowie Bad Aussee zu schließen und bis zum Jahr 2025 durch ein Zentralkrankenhaus zu ersetzen. Dieses soll laut aktuellem Plan in der Gemeinde Stainach-Pürgg errichtet werden, ein geeignetes Grundstück will man bald präsentieren.

Ob es durch die Umsetzung des Vorhabens zu der von der Landesregierung angekündigten Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen kommen wird, ist mehr als fraglich. Fest steht allerdings, dass zahlreiche Menschen von der Existenz der derzeit bestehenden Krankenanstalten wirtschaftlich abhängig sind. Dazu zählen neben lokalen Wirtschaftstreibenden wie Zulieferern, Handwerksbetrieben oder auch Gastronomen natürlich insbesondere die hunderten in den jeweiligen Einrichtungen tätigen Menschen.

Selbst wenn der für die Spitals-schließungen verantwortliche Grazer Landesrat Christopher Drexler versichert, dass alle Mitarbeiter an den bisherigen Standorten ihren

Arbeitsplatz behalten werden, wird das Vorhaben nichtsdestotrotz auch auf sie massive Auswirkungen haben. Schließlich werden viele von ihnen künftig um ein Vielfaches längere Pendlerwege tagtäglich zu bewältigen haben. Man denke an eine in Rottenmann ansässige Diplomkrankenschwester, die zwei Kinder zuhause hat und nunmehr rund 25 Kilometer nach Stainach-Pürgg zu ihrer neuen Arbeitsstelle pendeln muss. Abgesehen von den dadurch bedingten Mehrkosten verlängert sich in diesem Fall der Arbeitsweg täglich um rund 50 Minuten. Und dabei ist noch nicht einmal klar, ob die derzeit in Bad Aussee und Rottenmann tätigen Angestellten überhaupt im neuen Zentralkrankenhaus unterkommen werden. Eventuell wird der neue Arbeitsplatz gar in Leoben oder Bruck sein.

Die Landesregierung täte folglich gut daran, die berechtigten Sorgen der von den Spitals-schließungen betroffenen Bürger ernst zu nehmen. Einen Hoffnungsschimmer stellt in diesem Zusammenhang die am 7. April stattfindende Volksbefragung dar. Denn sollten die Menschen des Bezirks den Plänen der schwarz-roten Landesregierung an diesem Tag eine klare Absage erteilen, so wird sich Landesrat Drexler schwer tun, den Willen der Bevölkerung zu ignorieren.



Interview mit **LAbg. Arnd Meißl**

(FPÖ-Gesundheitssprecher und Kandidat für die AK-Wahl)

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Warum sprechen sich die Freiheitlichen gegen das von ÖVP und SPÖ geplante Zentralkrankenhaus im Bezirk Liezen aus?



Meißl: Vorweg möchte ich festhalten, dass sich die FPÖ keinesfalls notwendigen Reformen im Gesundheitsbereich verschließt. Fest steht allerdings auch, dass bei jeglichen Veränderungen der bewährten Krankenhausstrukturen unterm Strich eine Verbesserung der Versorgungssituation für die betroffenen Menschen stehen muss. Gerade das muss angesichts der Pläne, drei Spitäler zu einer zentralen Klinik zusammenlegen zu wollen, stark bezweifelt werden. Unserer Ansicht nach wäre es sinnvoller, eines dieser Spitäler zu einem Leitspital aufzuwerten und mit den anderen Krankenanstalten einen starken Verbund zu bilden.

Wir Steirer: Ist für Sie als Kandidat für die anstehende Arbeiterkammerwahl zumindest die von Landesrat Christopher Drexler ausgegebene Jobgarantie für die an den bisherigen Standorten tätigen Mitarbeiter begrüßenswert?

Meißl: Selbstverständlich wäre es erfreulich, wenn tatsächlich kein KAGes-Mitarbeiter infolge der Spitals-schließungen seinen Job verliert. Allerdings stellen sich auch in diesem Zusammenhang mehrere Fragen. Was geschieht mit den zahlreichen Arbeitsplätzen außerhalb der KAGes, die ebenso von der Existenz der Spitäler abhängig sind? Wo wird das an den derzeitigen Standorten tätige Personal ab 2025 unterkommen? Man darf nicht vergessen, dass alleine in Bad Aussee und Rottenmann hunderte Mitarbeiter tätig sind. Ob sie alle im geplanten Zentralspital eine Stelle vorfinden werden, ist alles andere als gewiss. Eventuell werden einige von ihnen noch weitere Arbeitswege etwa nach Leoben oder Bruck in Kauf nehmen müssen, was natürlich auch höhere Kosten zur Folge haben wird.

Wir Steirer: Was erwarten Sie sich von der am 7. April im Bezirk Liezen stattfindenden Volksbefragung?

Meißl: Ich erwarte mir eine hohe Beteiligung und erhoffe mir ein eindeutiges Votum gegen die Zentralisierungspläne. Es wird sich weisen, ob die schwarz-rote Landesregierung in diesem Fall tatsächlich an ihrem Schließungsvorhaben festhalten wird können.

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

Sicherungshaft

Der Zankapfel der SPÖ

Seit dem Bekanntwerden der Pläne der Bundesregierung, eine generelle Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber zu ermöglichen, tobt innerhalb der SPÖ ein Richtungsstreit – Steirische Freiheitliche fordern indes klare Unterstützung des Landtages hinsichtlich der türkis-blauen Pläne ein

FPÖ-Innenminister Herbert Kickl und die Bundesregierung planen eine Verfassungsänderung, um eine Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber einführen zu können. So wird als Reaktion auf den Mord an einem Vorarlberger Sozialbeamten durch einen mehrfach vorbestraften, illegalen Einwanderer gerade ein Papier ausgearbeitet, wodurch eine verfassungskonforme, vorbeugende Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber ermöglicht werden soll.

Prompt signalisierte auch die SPÖ ihre Zustimmung zu der geplanten Verfassungsänderung. Burgenlands Neo-Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil und Wiens Bürgermeister Michael Ludwig begrüßten die Pläne, rechneten aber anscheinend nicht damit, dass der linke Flügel der Partei hier auch noch ein Wörtchen mitzureden hatte. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner versuchte nach einigen Tagen der Schockstarre eine Zustimmung ihrer Partei als ausgeschlossen darzustellen. Wie sich

innerhalb der SPÖ die weitere Vorgehensweise gestaltet, ist noch völlig unklar. Es wäre jedoch angesichts der beunruhigenden Serie an Mordfällen mit überdurchschnittlicher Beteiligung von Asylanten höchst an der Zeit, auch in der Steiermark ein klares Bekenntnis zur Sicherungshaft abzugeben.

Auch steirische SPÖ spielt mit der Sicherheit der Bürger

SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer fordert seit Monaten mantraartig die Inhaftierung von Jihadisten, die sich als sogenannte „Gefährder“ frei in der Steiermark bewegen. Dabei ist ihm selbst die Gewaltentrennung ein Dorn im Auge, denn seine Anliegen sind ständig an den Innenminister gerichtet, wären jedoch im Justizministerium weitaus besser aufgehoben. Mit der Einführung einer Sicherungshaft wäre der Wunsch des steirischen SPÖ-Chefs jedoch realisierbar. Sollte er mit einer klaren

Positionierung zum Vorhaben der Bundesregierung zuwarten bis der SP-Richtungsstreit entschieden ist, könnte bereits das nächste Gewaltverbrechen verübt worden sein.

Zahlreiche Gefährder in der Steiermark

Nicht zuletzt darf daran erinnert werden, dass die SPÖ den Bundeskanzler stellte, während unsere Grenzen von teilweise radikal gesinnten und gefährlichen Asylwerbern überrannt wurden, die nun ein Sicherheitsproblem darstellen – 2017 hielten sich immerhin 50 Gefährder in der Steiermark auf. Die Freiheitlichen brachten daher im Landtag folgenden Antrag an die Landesregierung ein: „Der Landtag bekennt sich zum Vorhaben der türkis-blauen Bundesregierung, eine Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber einzuführen und unterstützt die Aussagen des Landeshauptmannes, die Diskussion dahingehend zu führen.“

25 Prozent aller steirischen Arbeitslosen sind Ausländer!

Im Februar wurde der durchaus erfreuliche steirische Arbeitsmarktbericht für das Jahr 2018 veröffentlicht. Rund 525.000 Menschen standen in einem Erwerbsverhältnis und es gab mit minus 13 Prozent den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 18 Jahren.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist nicht zuletzt der türkis-blauen Bundesregierung zu verdanken, die mit zahlreichen Maßnahmen der sozialistischen Stillstands- und Blockadepolitik sowie den mit zig Millionen an Steuergeld finanzierten Fantasiejobs der „Aktion 20.000“ ein Ende gesetzt hat. Nichtsdestotrotz haben sich die Freiheitlichen die publizierten Daten näher angesehen. So ist klar erkennbar, dass sich in der Steiermark die Zahl

der arbeitslosen Österreicher wieder auf das Vorkrisenniveau von 2008 eingependelt hat, durchschnittlich waren im Jahr 2018 rund 26.500 Österreicher ohne Erwerbseinkommen. Die Zahl der Gesamtarbeitslosen ist jedoch um 5.000 Personen höher als vor zehn Jahren. Dies beruht ausschließlich auf der hohen Anzahl an arbeitslosen Ausländern. So hat sich bei diesen Personen die Zahl von 4.000 im Jahr 2008 auf rund 8.500 im Zehnjahresvergleich mehr als verdoppelt.

An der Gesamtarbeitslosenzahl in der Steiermark, sie betrug im Jahr 2018 etwa 35.000 Personen, haben Ausländer damit einen Anteil von annähernd 25 Prozent. Somit ist jeder vierte Arbeitslose in der Steiermark ein Zuwanderer.



Interview mit
NAbg. Hannes Amesbauer
(Mitglied des Sozialausschusses im Parlament)



Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie sind Mitglied des Sozialausschusses des Parlaments – wie beurteilen Sie die Zahlen des steirischen Arbeitsmarktberichts?

Amesbauer: *In den letzten zehn Jahren haben es sich immer mehr Ausländer in unserem Sozialsystem gemütlich gemacht. Die Zahlen zeigen, wie notwendig die von der türkis-blauen Bundesregierung initiierte Reform der Sozialleistungen war. In weiterer Folge steht auch eine Reform des Arbeitslosengeldes auf der Tagesordnung, wo sehr viel Wert daraufgelegt werden wird, wie lange man schon gearbeitet und damit in das System eingezahlt hat. Derjenige, der arbeitet, darf nicht der Dumme sein!*

Wir Steirer: Um Arbeitslosengeld zu erhalten, müsste man zumindest einige Zeit gearbeitet haben. In vielen Fällen und vor allem bei Asylanten kassiert man jedoch direkt Gelder aus der Mindestsicherung. Ist das Modell der SPÖ noch das richtige?

Amesbauer: *Gerade das sozialromantische Modell der steirischen SPÖ und deren Mindestsicherungslandesrätin Doris Kampus trägt seinen Teil dazu bei, dass die Steiermark und Wien als Zielgebiete arbeitsscheuer und bildungsferner Asylanten gelten. Die Mindestsicherung muss deshalb von der schwarz-roten Landesregierung zukünftig möglichst streng ausgestaltet werden.*

Wir Steirer: Ihre Forderungen sind also klar – mehr Strenge und Konsequenz auf der einen und mehr Fairness für den heimischen Steuerzahler auf der anderen Seite?

Amesbauer: *Es kann nicht länger hingenommen werden, dass viele Österreicher tagtäglich hart arbeiten, während zahllose Migranten und Asylberechtigte ihre Runden beim AMS drehen, um Arbeitslosengeld oder Mindestsicherung abzugreifen. Die Bundesregierung ist angetreten, um auch hier endlich für mehr Fairness für unsere Österreicher zu sorgen!*

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

Landtags- und Gemeinderatswahlen

Freiheitliche fordern Zusammenlegung

Derzeit vergeht in der Steiermark kaum eine Woche, in der nicht Spekulationen hinsichtlich der Wahl des Landtages Steiermark kursieren, die planmäßig im zweiten Quartal 2020 stattfinden soll. Die Tageszeitungen berichten, dass im Umfeld der Regierungsparteien sehr wohl an einen Tausch der Termine der Landtagswahl mit den Gemeinderatswahlen gedacht wird.

Das würde bedeuten, dass die Wahl zum Landtag Steiermark schon im Januar nächsten Jahres abgehalten wird und im Gegenzug die Gemeinderatswahlen erst Ende April bzw. im Mai folgen. Damit möchte man einen Wahltermin zu Pfingsten vermeiden. Ob dies tatsächlich die beste Lösung darstellt, darf allerdings bezweifelt werden. Schließlich sind Aufwand sowie die Kosten, die im Zuge von Wahlen anfallen, durchwegs nicht gering. So entsteht nicht nur im Vorfeld des Wahlganges, beispielsweise durch die Aussendung von Wahlinformationen oder Briefwahlkarten, sondern auch im Rahmen eines vorgezogenen Wahltages, am Wahltag selbst oder im Zuge der Auszählung ein erheblicher Personalaufwand. Die Steier-

märkische Landtags-Wahlordnung regelt, dass die Kosten zur Durchführung einer Wahl grundsätzlich von den Gemeinden zu tragen sind. Zwar werden die Gemeinden mit einem Pauschalbetrag, der anhand der Anzahl der Wahlberechtigten berechnet wird, vom Land Steiermark entschädigt, trotzdem kommt das Geld dafür ja vom Steuerzahler und belastet somit den öffentlichen Haushalt.

Beide Wahlen am selben Tag spart Kosten und reduziert bürokratischen Aufwand

Durch eine Zusammenlegung beider Wahltermine, die noch dazu zeitlich ohnehin

äußerst knapp beieinanderliegen, könnten somit nicht nur der personelle und bürokratische Aufwand reduziert, sondern auch Ressourcen sowie Kosten eingespart werden. Zudem würde sicher auch die steirische Bevölkerung einen dadurch kürzer geführten Wahlkampf bevorzugen.

Die steirischen Freiheitlichen haben daher einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. „Die Gerüchte, die man aus SPÖ- und ÖVP-Kreisen vernimmt, zeigen, wie nervös diese beiden Parteien sind. Derzeit herrscht in der selbsternannten ‚Zukunftspartnerschaft‘ ohnehin völliger

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich aus Gründen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit für eine Zusammenlegung der kommenden Landtags- und Gemeinderatswahlen am selben Tag aus und erarbeitet zu diesem Zwecke eine Novellierung der einschlägigen Bestimmungen, die so rasch als möglich einer Beschlussfassung zuzuführen sind.

Unterschrift(en):

LTAbg. Mag. Stefan Hermann (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), LTAbg. Arnd Meißl (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ), LTAbg. Günter Wagner (FPÖ)



Kommentar

Mag. LABg. Stefan Hermann, MBL

(Landespartei sekretär und Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs)

Wir Freiheitliche fordern eine Wahlzusammenlegung der steirischen Landtags- mit den Gemeinderatswahlen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Steirer binnen kurzer Zeit zwei Mal zur Wahlurne schreiten müssen, wenn eine doppelte Stimmabgabe an einem Termin durchführbar wäre. Warum sollte eine Zusammenlegung mit Gemeinderatswahlen in der Steiermark nicht praktikabel sein, wenn es durchwegs möglich ist, Nationalratswahlen gemeinsam mit Landtagswahlen durchzuführen?

In Oberösterreich sind beispielsweise Kommunal- gleichzeitig mit Landtagswahlen ohne Weiteres durchführbar. Bedenken hinsichtlich einer komplizierteren Abwicklung sind daher unsachlich. Dass die Landesschwarzen eine Wahlzusammenlegung scheuen wie der Teufel das Weihwasser hat historische Gründe, die ins Jahr 1995 zurückreichen. Damals hatte man die Landtagswahlen zeitgleich mit Nationalratswahlen als wahlstrategisch vorteilhaft beurteilt und ist damit ziemlich eingefahren – Ergebnis: acht Prozentpunkte Minus.

Trotzdem sind die Regierungsparteien gut beraten, hier mit der freiheitlichen Initiative mitzuziehen und eine jeweilige Stimmabgabe an einem gemeinsamen Wahlsonntag zu ermöglichen. Denn die Steirer haben weder Verständnis für solcherart wahltaktische Überlegungen, noch dafür, dass man innerhalb kurzer Zeit zwei Mal wählen gehen muss, was jeweils mit hohen Kosten und bürokratischem Aufwand verbunden ist.

Stillstand“, begründet Landesparteiobmann und Verteidigungsminister Mario Kunasek die Forderung nach einer Zusammenlegung der Landtags- mit den Gemeinderatswahlen an einem gemeinsamen Wahltermin.

Rot-Schwarz will unbeirrt den Steirern zwei Wahlsonntage beschenken

Anstatt die berechtigte Forderung mitzutragen, nehmen SPÖ und ÖVP ungeachtet ihre bekannte Bestemmhaltung ein und ließen über einen leitenden Beamten der Abteilung für Gemeinden und Wahlen ausrichten, dass es nach derzeitiger Rechtslage nicht möglich sei, Landtags- und Gemeinderatswahlen am selben Tag durchzuführen und dass eine Zusammenlegung die Abwicklung noch komplizierter machen würde. Nachvollziehbar ist diese Argumentation jedoch nicht gänzlich, da es in der Steiermark durchwegs rechtlich möglich ist, Landtagswahlen mit Nationalratswahlen zusammenzulegen. Eine entsprechende Bestimmung, die eine gemeinsame Durchführung auch mit Gemeinderatswahlen ermöglicht, müsste demnach nur vom Gesetzgeber geschaffen werden.

Und der Gesetzgeber in der Steiermark ist nun mal der Landtag und seine Abgeordneten. Die oberösterreichische Rechtsordnung sieht beispielsweise die Möglichkeit solch einer Wahlzusammenlegung vor, was wiederum die Bedenken einer komplizierteren Abwicklung zerstreuen sollte.

Die richtige Feststellung auf Beamtenebene, dass in der Steiermark die rechtlichen Voraussetzungen für eine gemeinsame Durchführung von Landtags- und Gemeinderatswahlen nicht gegeben sind, sollte daher Anlass sein, diese entsprechend zu schaffen.



Mag. Stefan Hermann, MBL
Abgeordneter zum Landtag Steiermark und Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs

FPÖ für Wiedereinführung des Heimatkunde-Unterrichts an Volksschulen



Der Dritte Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann und Klubobmann Mag. Armin Sippel mit dem Antrag.

Durch den hohen Ausländeranteil bzw. die steigende Anzahl vor allem muslimischer Kinder in den steirischen Pflichtschulen und Kindergärten findet eine schrittweise Unterwanderung unseres Wertesystems statt. Aufgrund zunehmender Konflikte, der vielerorts offen zu Tage tretenden Ablehnung heimischer Wertehaltungen und der Bildung von Parallelgesellschaften gilt es rasch zu handeln. Der Inhalt eines Heimatkundeunterrichts könnte in Zeiten von Globalisierung und vielseitigen, teils gefährlichen Einflüssen – man denke an Radikalimame, die in Moscheen junge Menschen indoktrinieren, an den „Kulturkampf im Klassenzimmer“ sowie die Wertestudie des renommierten Islamforschers Ednan Aslan unter muslimischen Flüchtlingen – ein Wertefundament für sonst so leicht beeinflussbare Kinder und Jugendliche bilden.

Angesichts der massiven Zunahme von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache und islamischem Glaubensbekenntnis wäre das Unterrichtsfach „Heimatkunde“ für die Schulen der Landeshauptstadt geradezu prädestiniert. Die Selbstdefinition über die identitätsstiftende Heimat ist eines der wesentlichsten Elemente für den Zusammenhalt und das Funktionieren unserer Gesellschaft. Mit der Forderung setzt die FPÖ bewusst auf altbewährte Konzepte. Den Freiheitlichen geht es darum, natürlich gewachsene Werte und Traditionen – sowohl im Bildungswesen als auch im gesellschaftlichen Miteinander – wieder stärker zu verankern, um dadurch den heimischen Wertekanon zu festigen.

ORF-Landesdirektor Gerhard Draxler zu Gast beim Kulturforum Steiermark

ORF-Landesdirektor Gerhard Draxler und Kulturforumsvorsitzender Dr. Gerhard Kurzmann.



Im Jänner lud das Kulturforum Steiermark mit seinem Vorsitzenden Dr. Gerhard Kurzmann in den Wartingersaal des steiermärkischen Landesarchives. Der Vortragsabend zum Thema „Der kulturelle Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Steiermark“ zog nicht zuletzt aufgrund des Vortragenden, dem scheidenden Landesdirektor des ORF Gerhard Draxler, zahlreiche Zuhörer an.

Unter den Gästen befand sich eine große Zahl an Mandatsträgern, angefangen beim Klubobmann des Grazer FPÖ-Gemeinderatsklubs Armin Sippel und den Gemeinderäten Claudia Schönbacher, Heinrich Sickl und Berno Mogel bis hin zum Klubobmann des FPÖ-Landtagsklubs Stefan Hermann in Begleitung der Landtagsabgeordneten Hedwig Staller, Helga Kügerl, Christian Cramer

sowie Marco Triller. Ebenso ließen sich die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Schandor und Andrea-Michaela Schartel den Diskussionsabend nicht entgehen.

Landesdirektor Draxler erörterte den gesetzlichen Auftrag des ORF, gab im Rahmen eines interessanten Vortrages Einblicke in das vielfältige Leistungsspektrum des Rundfunks und beantwortete auch zahlreiche Fragen der Veranstaltungsbesucher.

Dem Kulturforum war und ist es ein besonderes Anliegen, dass angesichts der kontroversiell geführten Diskussion rund um den öffentlichen Rundfunk und der großen Teilnahme am ORF-Volksbegehren der gesamten gesellschaftlichen Meinungsvielfalt in einem anspruchsvollen Diskussionsprozess Platz geboten wird.



Interessierte Gäste, im Bild die Abgeordneten Staller, Cramer, Kügerl, Triller, Schandor, Schartel sowie KO Sippel.

100 Jahre „Marburger Blutmontag“

Vor 100 Jahren, am 27. Jänner 1919, eröffneten slowenische Soldaten das Feuer auf deutsch-untersteirische Demonstranten, die am Marburger Hauptplatz für den Verbleib Marburgs bei Deutsch-Österreich eintraten.

Dabei wurden 13 deutsche Marburger Zivilisten getötet und rund 60 zum Teil schwer verwundet. Im Herbst 1919 wurden Marburg und Umgebung dann ohne Volksabstimmung und gegen den erklärten Willen der mehrheitlich deutschen Bevölkerung Marburgs im Vertrag von St. Germain dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen angeschlossen. An dieses Ereignis erinnern der Dritte Präsident des steirischen Landtages Gerhard Kurzmann und der Grazer Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio, die selbst deutsch-untersteirische Vorfahren haben.



Dr. Gerhard Kurzmann und Mag. (FH) Mario Eustacchio vor dem Denkmal „Untersteiermark unvergessene Heimat“.

Hans Kloepfer weiterhin Ehrenbürger von Graz

Es war eine mutige und richtige Entscheidung der schwarz-blauen Rathauskoalition die im Gemeinderat beantragte Aberkennung der Ehrenbürgerschaft abzulehnen.

Die Leistungen Hans Kloepfers als Arzt, sein soziales Wirken, aber auch Gedichte wie „Da Ruß“ sollten nicht aus der engen Sicht „politisch korrekter“ Spätgeborener betrachtet werden und einem ideologisch motivierten Anschlag zum Opfer fallen.

Siegfried Nagl, Mario Eustacchio aber auch Armin Sippel und andere haben der Verlockung widerstanden, dem vermeintlichen „mainstream“ nachzugeben und Haltung bewahrt. Das ist mehr, als man in Zeiten wie diesen von Politikern üblicherweise erwarten kann.

Gerhard Kurzmann

Steirische Delegationen bei Gedenkveranstaltung in Marburg



Die Abordnung des AKV Südmark.

Sowohl der Verein der „Deutsch-Untersteirer“ in Graz als auch der Alpenländische Kulturverband Südmark, Bezirksgruppe Leibnitz, gedachten mit Rechtsanwalt Ludvik Kolnik und Veronika Haring, die erst kürzlich eine österreichische Auszeichnung erhielt,

des historischen Ereignisses, das die Abtrennung der Untersteiermark einleitete. Zwei starke steirische Delegationen gedachten bei der Pestsäule am Marburger Hauptplatz der Ereignisse vor 100 Jahren.

AK-WAHL
28.3. bis 10.4.
Freiheitliche
Arbeitnehmer.
Die beste Wahl.



Harald Korschelt
Arbeiterkammerrat

Wir bewegen die AK

- » Familienbonus Plus umgesetzt
- » Kollektivverträge für alle Branchen
- » 13. und 14. Gehalt gesetzlich verankern
- » Handwerkerbonus wieder einführen
- » Kopftuchverbot für Vortragende in AK, BFI und VHS
- » Volle Abfertigung im Todesfall für Hinterbliebene
- » Keine weiteren Spitalsschließungen
- » Objektive Vergabe von Posten in der AK
- » Ausbau der Lehre mit und nach der Matura
- » Sechste Urlaubswoche ab 25 Arbeitsjahren für alle



Patrick Derler
Arbeiterkammerrat

„Urlaubs- und Weihnachtsgeld muss Gesetz werden!“



Helga Klimbacher
Arbeiterkammerrat

„Zeiten für die Kindererziehung bei der Pension voll berücksichtigen!“



Günther Podlesnik
Arbeiterkammerrat

„Mehr Fairness bei Betriebsratswahlen!“